

## Aus Diskussionen auf den Bezirksdelegiertenkonferenzen

etwas, das geschichtlich auf die Dauer ebenso wenig Bestand haben wird wie das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland. Und in dieser Sicht erscheint dann die Wissenschaft als das Bleibende und Verbindende im Wandel des politischen Geschehens.

Das Bemerkenswerte in der Diskussion, die unter Führung unserer Parteiorganisation im gesamten Lehrkörper der Universität geführt wird, sehe ich im Abbau solcher hier und da noch anzutreffenden Denkweise und in der wachsenden Einsicht in die geschichtliche Rolle der DDR.

Die Aussprache über die nicht existierende Einheit der deutschen Wissenschaft führte im wesentlichen zu einem einheitlichen Standpunkt mit den meisten Wissenschaftlern unserer Universität und mündet ganz folgerichtig in eine immer intensiver werdende Diskussion über Aufgaben und Ethos des Wissenschaftlers und Hochschullehrers in der DDR. Diese Aussprache zeigt deutlich den rascher fortschreitenden Prozeß der immer fester werdenden inneren Bindung der weitaus meisten Hochschullehrer an unsere gesellschaftliche Ordnung und ihre Perspektive, in der schöpferisches wissenschaftliches Wirken, eine humanistische Lebensauffassung des \* Wissenschaftlers unlösbarere Bestandteile der Grundlagen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates sind.

Nun will ich keineswegs behaupten, eine solche klare Antwort charakterisiere schon die Gesamtlage der Universität auf diesem wichtigen Gebiet des ideologischen Kampfes. Das wäre unrichtig. Obwohl wir bei der Herausbildung eines einheitlichen Standpunktes vorangekommen sind, gibt es noch Wissenschaftler und Studenten, die einer angeblichen Unabhängigkeit der Wissenschaft von den gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnissen nach wie vor das

Wort reden. Es gibt hier und da noch ein illusionäres Wunschdenken, die Wissenschaft entwickle allein und für sich Bildungskräfte für eine Wiedervereinigung. Es gibt schließlich bei manchen Wissenschaftlern eine bemerkenswerte Vertrauensseligkeit gegenüber westdeutschen Einrichtungen, die ihnen das Lied von einer „unpolitischen Wissenschaft“ Vorsingen, und es gibt auch noch bei einzelnen Wissenschaftlern die eigenartige Sucht, um den Preis der Anerkennung ihrer persönlichen wissenschaftlichen Leistungen durch westdeutsche Institutionen zu vergessen, daß sie, wo immer sie sich auch befinden, Repräsentanten der Deutschen Demokratischen Republik, Abgesandte und verantwortliche Beauftragte der Arbeiter- und Bauern-Macht sind.

Es bleibt bei allem schon Erreichten für unsere Parteiorganisation in diesem nicht leichten ideologischen Klärungsprozeß noch viel zu tun. Mir scheint zum Beispiel ein direkter innerer Zusammenhang zu bestehen zwischen den erreichten Fortschritten in diesem Klärungsprozeß und den verstärkten Forderungen vieler Angehöriger des Lehrkörpers unserer Universität — darunter besonders parteiloser — nach einem systematischen Studium der neuesten Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus. Wir haben im vorigen Monat erstmalig Bildungstage für Professoren in Form eines kurzen Internatslehrganges durch geführt. Eine lebhaftige Aussprache nach Vorträgen zu aktuellen politischen Problemen, wissenschaftspolitischen Fragen und neuen Problemen der marxistisch-leninistischen Theorie zeigte die Aufgeschlossenheit und wachsende Bereitschaft zu schöpferischer Mitarbeit der 50 teilnehmenden Professoren aller Fakultäten, von den Mediziner bis zu den Theologen. Die Skeptiker, die an Erfolg und Nutzen einer solchen Sache gezweifelt hatten, behielten nicht recht.

ihre Politik verwickelt die Partei

im wesentlichen Maße durch die Organe der Staatsmacht und deren Beschlüsse, Gesetze und Verordnungen.

Die Parteiorganisationen müssen deswegen mit ihren spezifischen Mitteln und Methoden dafür sorgen, daß diese Weisungen der Staatsmacht ebenso konsequent durchgeführt werden wie Beschlüsse der Partei. Wenn Parteiorganisationen und ihre Leitungen es den staatlichen Leitern im Betrieb überlassen, die Regierungsbeschlüsse, Gesetze und

Verordnungen zu verwirklichen und das damit begründen, die Grundorganisation müßte sich lediglich auf die Erfüllung der Parteibeschlüsse konzentrieren, dann macht diese Einstellung deutlich:

Einige Genossen verstehen noch nicht das Wesen der führenden Rolle der Partei. Durch die Trennung der Verantwortung einerseits der staatlichen Leiter für die Regierungsbeschlüsse, Gesetze und Verordnungen, andererseits der Parteiorganisationen für die

Durchführung der Beschlüsse der Partei, trennen sie künstlich die objektiv bestehende Einheit von Politik, Ökonomie und Ideologie. In der Praxis würde das dann so aussehen: Die Wirtschaftsleiter setzen die „Verordnung über die Aufgaben, Rechte und Pflichten des Volkseigenen Produktionsbetriebes“, d. h. einen entscheidenden Bestandteil des von der Partei ausgearbeiteten neuen ökonomischen Systems in völlig eigener Regie durch. Und die Parteiorganisation? Was macht sie ... ?

-(NW)